

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 12. 44. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis  
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: 37. Jannowitz 2120

Bestellung  
bei allen Postämtern.  
Mitglieder kostenfrei

Berlin, 21. März 1930

## Produktion und Produktivität in der deutschen Industrie.

Das Institut für Konjunkturforschung hat soeben einen erweiterten Index der Produktion veröffentlicht. Er umfaßt rund ein Viertel der industriellen Wertschöpfung; in den erfaßten Industrien sind etwa 23 Proz. aller Industriearbeiter beschäftigt; etwa 22 Proz. aller motorischen Kräfte arbeiten in den berücksichtigten Industrien. Wenn auch zu hoffen ist, daß das Institut sich weiter um die Verbesserung des Index durch Hinzuziehung neuer Industrien bemühen wird, wenn man auch die Konstruktion des Gesamtindex für methodisch nicht einwandfrei erachten muß (schon daran ist der unglaubliche Tiefstand der deutschen Produktionsstatistik), so wird man die neue Veröffentlichung doch auf das freudigste begrüßen und ohne allzu große Bedenken den Gesamtindex als Maßstab der industriellen Produktion in Deutschland benutzen können.

Nach dem neuen Index erscheint die Produktion sehr viel stabiler als nach dem alten. Während nach dem alten Index die Produktion von 1927 bis 1928 um etwa 4 Proz. sank, ist sie nach dem neuen erweiterten Index nur um ein Zehntel Prozent gesunken; und wenn wir die Entwicklung von 1928 bis 1929 vergleichen, so scheint sie — soweit vergleichbare Zahlen veröffentlicht sind — nach dem neuen Index günstiger gewesen zu sein als nach dem alten; ein Vergleich der Jahresproduktion nach dem neuen Index zeigt, daß sie sich wie von 1927 bis 1928 so auch von 1928 bis 1929 nur ganz unwesentlich verändert hat.

Auf Grund des neuen Index stellen wir also fest, daß sich die Produktionsmasse in Deutschland im Verlauf der letzten drei Jahre kaum verändert hat, und daß sie im Jahre 1929 ein wenig, etwa 1 1/2 Proz., über dem Stand von 1927 liegt.

Vergleichen wir die Entwicklung der Produktion mit der der Beschäftigung der deutschen Industriearbeiter, so finden wir, daß von 1927 bis 1928 sowohl die Produktion wie auch die Anzahl der beschäftigten Arbeiter sich kaum verändert haben. Das führt zu dem Schluß, daß die Tagesleistung pro Arbeiter im Durchschnitt von 1927 bis 1928 etwa die gleiche geblieben ist. Im einzelnen werden wohl nicht unerheb-

liche Leistungssteigerungen beträchtlichen Leistungsrentungen gegenüberstehen. Die Leistungsrentungen sind natürlich nicht auf irgendwelche Trägheit der Arbeiter, sondern auf die Folgen sinkender Produktion zurückzuführen. Von 1928 bis 1929 aber stieg die Produktion ein wenig, während die Anzahl der beschäftigten Arbeiter nicht unerheblich abnahm. Wir können daraus schließen, daß die Produktivität des einzelnen Arbeiters, daß seine Tagesleistung im Jahre 1929 beträchtlich gestiegen sein muß. Den Statistiken der folgenden Tabelle nach scheint es, als ob die Rationalisierung im letzten Jahre, 1929, große Fortschritte gemacht hat, und es ergibt sich eine Leistungssteigerung um etwa 8 Proz. gegenüber dem Vorjahr.

### Industrielle Beschäftigung, Produktion und Leistung pro Arbeiter.

Jahr bzw. Monat	Beschäftigung 1927=100	Produktion 1927=100	Leistung pro Arbeiter 1927=100
1927 . . . . .	100	100	100
1928 . . . . .	101	100	99
1929 . . . . .	95	102	107
Januar . . . . .	88	95	108
Februar . . . . .	85	91	107
März . . . . .	91	99	109
April . . . . .	97	108	111
Mai . . . . .	99	109	110
Juni . . . . .	100	110	110
Juli . . . . .	100	105	105
August . . . . .	99	103	104
September . . . . .	99	102	103
Oktober . . . . .	100	101	101
November . . . . .	98	100	103
Dezember . . . . .	89	95	107

Bemerkungen: Der Index der industriellen Beschäftigung wurde auf Grund der Beschäftigungsstatistik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für neun wichtige Industrien und unter Berücksichtigung der Kurzarbeit berechnet. Der Index der Produktion ist der neue Index des Instituts für Konjunkturforschung, umgerechnet auf 1927 als Grundjahr.

gen und Abstriche dort zu erreichen, wo ihm die Ausgabe aus irgendwelchen sachlichen Gründen unzulässig erscheint. Geht eine Einigung nicht, so obliegt zunächst der Finanzminister, falls er auf seiner Weigerung beharrt, die umstrittene Ausgabe im Ministerialetat zu streichen. Der Ressortminister muß sie dann fortlassen.

Der Finanzminister stellt nunmehr 1. aus den Ministerialetats, 2. den Etats der selbständigen Amtsstellen und Körperschaften (Reichspräsident, Reichstag, Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, Rechnungshof und Reichsparlamentarier) und 3. den sachlichen Aufgabengebieten (Versorgung und Ruhegehälter, Reichsschuld, Allgemeine Finanzverwaltung, Kriegskosten) den Entwurf des Reichshaushaltsplans auf.

Dieser Entwurf wird der Regierung eingereicht und von ihr beraten. Die Sachminister haben jetzt nach der Reichshaushaltsordnung (§ 21) die Möglichkeit, die Ausgaben und Vermehrte der Beschlußfassung der Regierung zu unterbreiten, deren Aufnahme der Finanzminister abgelehnt hätte. Sie können es jedoch nur, wenn es sich um Angelegenheiten von grundsätzlicher oder erheblicher Bedeutung handelt. Spricht sich der Finanzminister weiterhin dagegen aus, so kann gegen seinen Willen die zustimmende Beschlußfassung nur erfolgen, wenn die Mehrheit der Minister gegen ihn ist und der Reichszentralrat sich bei der Mehrheit befindet. Die große Macht, die ein verantwortungsbewußter Finanzminister hat, geht daraus hervor, daß es genügt, wenn er und der Reichszentralrat einer Meinung sind; dann können sämtliche übrigen Minister die Einstellung der strittigen Ausgabe nicht erreichen (§ 21, Abs. 2 RHO.). Hat sich die Regierung über den Entwurf geeinigt, so wird er durch ihren Beschluß „festgestellt“ und zum „Regierungsentwurf“, der in Form eines Regierungsentwurfs gekleidet wird.

Bis einschließlich zur Regierung geschieht die Bewilligung der Einzelentwürfe innerhalb der Verwaltung. Der Reichshaushaltsplan hat also bisher den Weg der Verwaltungsbewilligung durchlaufen. Da gemäß Artikel 69 der Reichsverfassung die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Zustimmung des Reichsrats bedarf, wird der Regierungsentwurf des Haushaltsplans zunächst diesem zugeleitet. Damit beginnt der Weg der Parlamentsbewilligung. Der Reichsrat überweist den Entwurf seinen Ausschüssen (Ausschuß für Haushalts- und Rechnungswesen und Ausschuß für Steuer- und Zollwesen), bei denen auch der Schwerpunkt der Beratungen liegt. Die Sitzungen sind im Gegenlicht zu den Reichsratsvollstimmungen nicht öffentlich; die Beratungen müssen streng geheim gehalten werden. Erst wenn der Entwurf endlich der Vollversammlung zur Beschlußfassung zugeleitet wird, besteht für die Öffentlichkeit die erste Möglichkeit, Einblicke in den Etat des kommenden Rechnungsjahres zu gewinnen.

Der Reichsrat wird sich selten in voller Uebereinstimmung mit dem Regierungsentwurf befinden. Da er „zur Vertretung der deutschen Länder“ (Artikel 60 der Reichsverfassung) berufen ist, suchen sich in ihm Partikularinteressen Raum zu schaffen. Seine Beschlüsse wirken sich als Anträge an die Reichsregierung aus. Stimmt die Regierung ihnen nicht zu, so wird der ursprüngliche Entwurf beim Reichstag eingebracht, für die strittigen Posten aber eine Doppelvorlage gemacht.

Im Reichstag herrscht auch bei den Reichshaushaltsberatungen grundsätzlich das System der drei Lesungen. Die erste Lesung kann frühestens am dritten Tage nach der Verteilung des Reichshaushaltsgesetzentwurfes unter die Reichstagsmitglieder erfolgen. Dabei werden nur die allgemeinen Grundzüge der Vorlage besprochen, das heißt, es findet nach der „Eatsrede“ des Finanzministers nur eine Generaldebatte statt, in der Erklärungen der Fraktionen erfolgen. Sodann wird die Vorlage dem Reichshaushalts-

## Die Entstehung des deutschen Reichshaushaltsplans.

Der deutsche Reichshaushalt wird augenblicklich in der Reichsregierung beraten. Er wird kaum vor dem Monat März dem Reichstag zugeleitet werden. Da das Rechnungsjahr des Deutschen Reiches vom 1. April bis 31. März läuft, ist auch schwerlich damit zu rechnen, daß er zur rechten Zeit fertiggestellt wird. Das Budgetrecht des Parlaments ist das Genosse seiner Rechte. Der Reichstag wird es sich nicht nehmen lassen, es bei der Etatberatung zu gebrauchen. Vier Wochen dürften ihm nicht dazu genügen, zumal der Etat für 1930 mit ganz besonderen Schwierigkeiten belastet ist.

Im allgemeinen hat ja auch der Reichstag mehr Zeit zur Haushaltsberatung — und darf sie auch gesetzlich beanspruchen. Die Reichshaushaltsordnung — das Grundgesetz, das die Budgetgebung des Reiches, die Etataufstellung, Ausführung und Rechnungsprüfung regelt — schreibt in § 22 vor, daß der Entwurf des Haushaltsplans spätestens am 1. November dem Reichsrat, spätestens am 1. Januar vor Beginn des Rechnungsjahres dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Diese Sollarfrist ist diesmal mehr als ein Vierteljahr überschritten worden. Die Ursachen sind bekannt. Die Haager Konferenz, die Kassenchwierigkeiten des Reichs, das Finanzprogramm der Regierung, der Wechsel im Finanzministerium, die Verhandlungen bezüglich der Steuererhöhungen und die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung (Ligationsgesetz, das Eingreifen Schachts) haben Hand in

Hand mit dem Hinauszögern der Young-Plan-Verhandlungen verhindert, daß der Plan rechtzeitig entworfen werden konnte. Wo entsteht der Entwurf des Haushaltsplans? Welchen Weg hat er bis zu seiner Fertigstellung zu durchlaufen?

Der Entwurf des deutschen Reichshaushaltsplans wird „von unten nach oben“ fertiggestellt. Das bedeutet, daß die untergeordneten Behörden nach einem einheitlichen Schema, dem sogenannten „Normalhaushalt“, ihren voraussichtlichen Bedarf an Besoldungen und anderen persönlichen Ausgaben an sachlichen und sonstigen Ausgaben den vorgelegten Behörden angeben. Diese leiten sie nach Prüfung auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dem zuständigen Sachminister weiter, selbstverständlich um die eigenen Anforderungen vermehrt. An Hand dieser Unterlagen stellt der Ressortminister seinen sogenannten „Ministerialplan“ auf, den er dem Finanzminister einreicht.

Damit der Finanzminister als „Minister des Gleichgewichts“ möglichst rechtzeitig den angemeldeten Bedarf überschauen kann, sind durch Verwaltungsordnung kleinerer Abteilungenstrifen vorgezeichnet. Danach müssen ihn bis zum 15. Juni größere Neuforderungen (Bauten usw.) mitgeteilt werden. Bis zum 15. August hat die Anmeldung aller vom Vorjahre abweichenden Haushaltsforderungen zu erfolgen und bis zum 1. Oktober sind die vollständigen einzelnen Haushaltsabchnitte einzureichen.

Die Einreichung bedeutet noch nicht die Genehmigung. Vielmehr verläßt der Finanzminister durch Verhandlungen mit den Sachministern Änderungen-

ausschuss überlesen, in dem die Sachleute der einzelnen Fraktionen sitzen. Wie bei dem entsprechenden Ausschuss des Reichsrats kommt auch den Beratungen des Reichshaushaltsausschusses die Hauptbedeutung zu. Es ist nicht häufig, daß im Plenum anders beschloffen wird als im Ausschuss, wo an Stelle der öffentlichen, politisch gefärbten Erörterungen der Vollversammlung finanzpolitische Gesichtspunkte die Debatten beherrschen. Die Sitzungen des Ausschusses sind nicht öffentlich. Sie erstrecken sich auf den ganzen Gesetzentwurf und sind selbstverständlich bei vielen Einzelplänen und Etatspositionen heftige Kämpfe aus.

Nach Beendigung der Ausschussberatungen folgt die zweite Lesung im Plenum, zu der gedruckte „mündliche Berichte“ der einzelnen Berichterstatter des Ausschusses vorliegen, die der Öffentlichkeit wertvolles Material bieten. Diese zweite Lesung ist grundsätzlich Spezialdebatte, das heißt, der ganze Entwurf wird systematisch durchbesprochen. Nach Schluß der Besprechung wird jedes Kapitel bzw. jeder Einzelplan „votiert“ (festgestellt). Man muß sich die Lesung aber nicht so vorstellen, als ob sie einzeln über jeden der weit über 4000 Etatsposten erfolge. Auseinandersetzungen finden lediglich statt über die Positionen, Kapitel und Pläne, zu denen der Ausschuss Anträge gestellt hat oder zu denen aus der Mitte des Reichstages Anträge gestellt werden.

Die dritte Lesung kann sowohl eine General- als auch eine Spezialdebatte ausfallen. Auch in ihr ist es grundsätzlich noch möglich, Abänderungsanträge zu stellen. Ist auch über die erneut umfrittenen Positionen Beschluß gefaßt, so wird das gesamte Reichshaushaltsgesetz mit seinen sämtlichen Anlagen — die den Reichshaushaltsplan enthalten — votiert. Damit ist der Entwurf zum Plan geworden, der die finanziellen Geschäfte des Reichs im kommenden Rechnungsjahr hauptsächlich bestimmt — und der die Verwaltung verpflichtet, ihn zu vollziehen. Das Reichshaushaltsgesetz wird vom Reichspräsidenten verkündet, wodurch der Haushaltsplan die Rechtskraft gegenüber der Verwaltung erhält.

Unser Ausführungen haben nur den normalen, finanzrechtlich geregelten Entstehungsgang des Reichshaushaltsgesetzes geschildert. Daneben spielen aber politische Faktoren eine wichtige Rolle, die diese Entstehung entscheidend beeinflussen. Reichsfinanzminister und Reichsregierung haben sehr bekanntlich in interfraktionellen Besprechungen versucht, die Parteien auf bestimmte Grundlinien des neuen Etats festzulegen. Würde eine solche außerordentliche Festlegung gelingen, so ist damit auch entscheidend der haushaltsrechtliche Gang der Etatverteilung beeinflusst. Hier ruht der Angelpunkt der außerparlamentarischen und der parlamentarischen politischen Bedeutung der Etatberatung.

Kurt Hirsch.

### Weltere Konzentration in der Waggonindustrie.

Die Vinte-hoffmann-Busch Aktien-Gesellschaft haben nunmehr nach Pressmeldungen die Aktienmajorität der Gebrüder Schöndorff Aktiengesellschaft,

Düsseldorf, übernommen. Wie gemeldet wird, ist diese Transaktion im Einverständnis mit den Besitzern der Waggonwerke erfolgt und kann als Auftakt zu der generellen Auseinandersetzung zwischen Ostwaggon und Westwaggon betrachtet werden. Indirekt kommt die Ostwaggongruppe durch den Erwerb der Schöndorff-Majorität nunmehr auch in den Besitz der Fuchs-Waggonfabrik in Heidelberg. Durch diese Vorgänge ist ein weiterer Schritt für die Vollendung der Rationalisierungs- und Konzentrationspläne in der Waggonindustrie geschehen worden.

Zu gleicher Zeit hat das Berliner Großunternehmen, die Drenstein u. Koppel A.-G., die Dessauer Waggonfabrik aufgekauft. Das Dessauer Werk, dessen Beschäftigungsgrad sehr viel zu wünschen übrig ließ, wird durch die Verschmelzung entchieden gewinnen. Drenstein u. Koppel wird das Werk voll in Betrieb halten und durch weiteren Ausbau der Spezialisierung und Arbeitsstellung werden voraussichtlich auch dem Dessauer Betrieb größere Aufträge zur Bearbeitung überwiesen werden. Weiter sollen Bestrebungen eingeleitet sein auf Angleichung der Waggonfabrik Gebrüder Lindner in Ummendorf und eventuell auch der Gothaer Waggonfabrik.

### Wechsel im Präsidium der Reichsbank.

Der bisherige Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist von seinem Posten zurückgetreten. Sein Rücktritt wurde schon seit Wochen von demokratisch-politischen Kreisen, besonders von der Sozialdemokratischen Partei, gefordert und hätte es entschieden das Ansehen der Reichsregierung gefördert, wenn Schacht schon eher gegangen wäre. Dr. Schacht war über 6 Jahre in seinem Amt und hat sich zweifellos um die Aufrechterhaltung der Währung Verdienste erworben. Leider brachte ihn seine spätere Einstellung, besonders seine Äußerungen in das Gebiet der Politik immer mehr in Gegensatz zu dem demokratisch denkenden Teil des deutschen Volkes. Als Anhänger der privatkapitalistischen Wirtschaft hat Dr. Schacht in der Beratungsstelle für Auslandsangelegenheiten dazu beigetragen, daß besonders den Kommunen die Auslandskredite gesperrt wurden. Die Folge davon war die Drohung der Aufträge leitens der Gemeinden und dadurch die Verhinderung der großen Arbeitslosigkeit.

Nach dem Rücktritt Schachts wurde der Reichszentraler a. D. Dr. Hans Luthar zum Präsidenten der Reichsbank gewählt und wird demnach am 3. April die Amtsgeschäfte übernehmen. Die Wahl erfolgte nach den bankgesetzlichen Vorschriften. Abgegeben wurden sechs deutsche und drei ausländische Stimmen, die sämtlich auf Dr. Luthar entfielen. Der fünftägige Reichsbankpräsident war bis zum Jahre 1922 Oberbürgermeister von Essen a. d. Ruhr. 1922 wurde Dr. Luthar unter dem Reichszentraler Cuno Reichsernährungsminister, 1924 25 war er Reichsfinanzminister. Im Jahre 1925 wurde Luthar Reichszentraler und führte das erste Reichskabinett nach der Inflation. Er führte über die „Kriegsverordnung“, wurde später Vorstandsmitglied in der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehen und Vorsitzender des Bundes zur Erneuerung des Reiches. In der Kampagne um den Young-Plan hat sich Luthar für den Young-Plan erklärt.

### Young-Gesetze im Reichstag angenommen.

Am Mittwoch, dem 12. März 1930, hat der Deutsche Reichstag in seiner Schlußsitzung über die Young-Gesetze dieselben mit 285 gegen 192 Stimmen angenommen. Der Reichspräsident Hindenburg hat die Gesetze unterzeichnet und tritt der Young-Plan in Kraft, wenn ihn drei Gläubigerländer bekräftigt haben. Die Räumung der Rheinlande ist für den 30. Juni d. J. vorsehen. Der Young-Plan legt die deutschen Reparationsleistungen mit durchschnittlich 2050 Millionen Mark pro Jahr fest. Es ist eine fürchterlich schwere Last, die Deutschland für die nächsten Jahrzehnte auferlegt worden ist. Leider war es uns nicht freigestellt, ob wir ablehnen oder annehmen wollten, sondern wir standen vor der Wahl: Dames-Plan oder Young-Plan, und da erscheint der Young-Plan immer noch als das kleinere Übel.

Der Reichspräsident Hindenburg hat sich mit einer Begründung seiner Stellungnahme an das deutsche Volk gewandt, um sich gegen Angriffe, die gegen ihn aus Anlaß der Unterzeichnung der Young-Gesetze erfolgt sind, zu verteidigen. Hindenburg sagt in seiner Rechtfertigung unter anderem:

„Schweren, aber festen Herzens habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Young-Gesetze mit meinem Namen unterzeichnet. Nach Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider bin ich zur Überzeugung gelangt, daß trotz der schweren Belastung, die der neue Plan dem deutschen Volk auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Young-Plan, im Vergleich zum Dames-Plan, eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schwereren Wege zur Befreiung und zum Wiederaufbau Deutschlands bedeutet.“

In einer anderen Stelle seiner Begründung sagt Hindenburg:

„Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen nunmehr einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen, welche die Befriedung unserer Finanzen, die Befreiung unserer gelamten Wirtschaft und damit die Befreiung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Bänderung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziel haben muß.“

Die deutsche Arbeiterklasse wird sehr nachsichtig sein müssen, um zu verhindern, daß die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Young-Gesetzen nicht reflexhaft auf ihre Schultern abgeladen wird. Die noch nicht beendeten Kämpfe um die neuen Steuern zur Ausbalancierung des Etats haben uns einen kleinen Vorgegeschmack davon gegeben, wie sich die bürgerlichen Parteien und ihre Hintermänner, die großen Unternehmergruppen, für die nächsten Jahre die Entwicklung der allgemeinen Zustände in Deutschland gedacht haben. Widerstreben wir den Anhängen, indem wir uns mit aller Macht gegen die Umwälzung der Lasten auf die Arbeiterklasse zur Wehr setzen.

### Zum Tag des Buches am 22. März.

#### Ratschläge an die Leser.

1. Lies nur, wenn du darüber nicht deine Pflicht verläumst. Lies nicht zu lange, sonst ermüdest du deinen Geist, liest unaufmerksam und verstehst die Feinheiten des Buches nicht.
2. Lies nur gute Bücher, denn die Zeit, die du zum Lesen hast, ist kostbar. Schlechte Bücher verderben den Geschmack und fördern dich nicht, während du aus dem Lesen guter Bücher bleibenden Gewinn ziehst.
3. Lies nichts, was über dein Alter und deinen Verstand hinausgeht; nicht jeder Magen kann schwere Speisen vertragen. Lies dich vielmehr allmählich zu schwer verständlichen Büchern hinauf.
4. Lies solche Bücher, die dich besonders erheben und gefördert haben, immer noch einmal wieder. Du wirst ihren Wert dann immer deutlicher erkennen und wirst bei jeder Wiederholung einen größeren Genuß haben.
5. Lies auch nicht immer nur Romane, Erzählungen und Novellen, sondern auch Dichtungen; vor allen Dingen lerne Klassiker kennen. Und welter: lies auch Bücher wissenschaftlichen Inhalts. Die Geschichte des Menschengeschlechts und das Leben der Natur müssen für jedermann die unentbehrlichsten Grundsteine des Wissens sein. Vieles, was dich als Kind nicht interessiert hat, hat jetzt für dich das größte Interesse.
6. Lies stets aufmerksam und langsam. Nur so wirst du das Gold des Buches zulage fördern. Wiederhole nachher im Geiste den Inhalt des Gelesenen und durchdenke ihn, es kann sonst sein, als hättest du das Buch überhaupt nicht gelesen.

### Aphorismen über Bücher.

Gute Bücher sind die großen Schätze des Menschengeschlechts. Das Beste, was je gedacht und erfunden wurde, bewahren sie aus einem Jahrhundert in das andere; sie verkünden, was einst auf Erden lebendig war. Hier steht, was wohl tausend Jahre von unserer Zeitrechnung geschaffen wurde, und daneben, was erst vor wenigen Jahren in die Welt wanderte.

Alle Bücher, vom Ältesten bis zum jüngsten, stehen in einem geheimnisvollen Zusammenhange. Denn keiner, der ein Buch geschrieben, ist durch sich selbst geworden, was er uns ist. Jeder steht auf den Schultern seiner Vorgänger. Alles, was von ihm geschaffen wurde, hat irgendwie dazu geholfen, ihm Geist und Leben zu bilden; und was er geschaffen, hat irgendwie andere Menschen gebildet, und wieder aus deren Geist ist es in spätere übergegangen. So bildet der Inhalt aller Bücher ein großes Geistesreich auf Erden. Von den vergangenen Seelen leben und nähren sich alle, die jetzt atmen und neues wirken. Wer sängt seinen Leib der Natur zurückgegeben, wird täglich in Tausenden aus neu lebendig.

Der Verkehr mit den großen Geistern der Vergangenheit durch ihre Bücher ist einer der edelsten Genüsse. Wir leben mit ihnen wie mit Freunden, wir bewundern und lieben Sie, als wenn sie lebhaftig unter uns wärlen.

Gustav Freytag (1816 bis 1895).

Alles, was die Menschheit getan, gedacht, erlangt hat oder gewesen ist, es liegt wie in zauberartiger Erhaltung in den Blättern der Bücher aufbewahrt.

Thomas Carlyle.

Ich finde und habe immer gefunden, daß sich ein Buch gerade vorzugsweise zu einem Geschenk eignet; man liest es oft, man kehrt oft dazu zurück, aber nur in aussergewöhnlichen Momenten, und erinnert sich immer so des Freundes im Augenblick eines würdigen Genusses.

Wilhelm von Humboldt.

Bücher sind Brillen, durch die wir die Welt betrachten; bald trübend, bald verklärnd, bald verzerrend, immer nötiger, je schwächer die Augen werden, nie dem gesunden, freien Blick gleichkommend.

Ernst Freiherr von Feuchtersleben.

Um die Belletratur zu fassen, dafür ist kein Bibliotheksal und kein Gelehrtenkopf groß genug. Von aller Spreu befreit, hätte sie aber bequem auf dem Rücken eines Esels Platz.

P. R. Kolosser.

Ein Haus ohne Bücher ist wie eine Wohnung ohne Sonne, ihm fehlt das belebende Element geistiger Kultur. Dieser Mangel wird um so auffälliger, je anspruchsvoller sich in allen übrigen Dingen das Hauswesen gebart. Wie oft sehen wir uns gerade in solchen Wohnungen, die einen blühenden Wohlstand zur Schau tragen und mit kostbaren Möbeln, Teppichen und Geräten angefüllt sind, vergeblich nach einem Bücherstrand um. Das ist kein schmerzhaftes Zeichen für den Hausherrn und die Seinigen, denn man wird nicht anders können, als daraus auf einen Mangel an feinerer Bildung zu schließen. Aber dessen bedauerliche Existenz weder Rang noch Prunk hinwegzujubeln vermögen.

Victor Ottmann.

### Einschränkung der Ueberstunden-genehmigung.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Handelsminister in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten auf den Ernst der Arbeitsmarktlage hingewiesen.

Um zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beizutragen, sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten Ausnahmen von der gesetzlich vorgeschriebenen Normalarbeitszeit nur dann gewähren, wenn die erforderliche Mehrarbeit nicht durch Einstellung neuer Arbeitskräfte geleistet werden kann.

Weiter soll eine behördliche Genehmigung für Ueberarbeit nur bei unabweisbarem Bedürfnis, nach Prüfungnahme mit dem Arbeitsamt und nur für kurze Frist bewilligt werden.

Obwohl bekannt ist, das gegenwärtig der größte Teil der Ueberstunden nicht auf Grund behördlicher Genehmigung, sondern nach den Bestimmungen von Tarifverträgen geleistet wird, und obwohl wir uns daher der begrenzten praktischen Tragweite des Erlasses bewußt sind, versprechen wir uns von einer Haltung der Behörden, wie der Erlass sie vorschreibt, dennoch eine gewisse moralische Wirkung auf Arbeitgeber wie auf Arbeitnehmer. Wir erwarten, daß die übrigen Landesregierungen, um diese Wirkung zu verstärken, dem Beispiel der preussischen unverzüglich folgen und mit ähnlichen Anordnungen hervorkommen werden. Sollte das unterbleiben, so müßte der Reichsarbeitsminister durch entsprechende Ermahnungen nachhelfen.

### Zur Erhöhung des Automobilzollens.

Wir berichteten ausführlich über die am 23. Februar in Frankfurt a. M. stattgefundene Konferenz von Arbeitnehmervertretern der Fahrzeugbranche. Dasselbe hatte sich einmütig gegen die von der Automobilzölle geforderten Hochschutzzölle ausgesprochen. Nunmehr veröffentlicht die Tochtergesellschaft des amerikanischen Automobilkonzerns, General Motors G. m. b. H., Berlin-Borsigwalde, eine Denkschrift über die beabsichtigte Zollkontingentierung der deutschen Automobilenfuhr. Im Gegensatz zu der Meinung der auch zum Konzern gehörigen Opelwerke, die die Zollaktion des Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie voll inhaltlich deckt, nimmt diese Denkschrift scharf gegen die Zollpläne Stellung. Die General Motors G. m. b. H. kommt in der Denkschrift zu dem Ergebnis, daß der Durchschnitt der wertmäßigen Belastung durch den deutschen Gewichtszoll 40,7 Proz. beträgt.

Natürlich wird der Zoll nicht vom Ladenpreis erhoben. Der deutsche Ladenpreis eines leichten Wagens, wie es z. B. der „Chevrolet“ ist, würde sich nach der Denkschrift wie folgt zusammensetzen:

Fracht	400 M.
Insolten in Deutschland (Betrieb, Organisation, Reklame, Gehälter, Steuern usw.)	334 "
Händlerprovision	879 "
Fabrikpreis	1920 "
(entspricht dem Fabrikpreis in Amerika; Ladenpreis dort: 2500 M., abzüglich 500 M. Provision, ergibt Fabrikpreis rund 2000 M.)	
Zoll (1150 Kilogramm zu 0,75 M.)	862 "

Ladenpreis in Deutschland 4395 M.

Der deutsche Gewichtszoll entspricht also offensichtlich einem Wertzoll von nicht weniger als 45,2 Proz. bei den billigen amerikanischen Wagen. Dabei hat Deutschland im Jahre 1929 für 118 Millionen Mark Automobile und Automobilteile eingeführt. Verglichen mit der gesamten deutschen Einfuhr im Werte von über 13,4 Milliarden Mark erscheint diese Differenz nicht sehr hoch.

Die Denkschrift verweist an einer anderen Stelle auf die beträchtlichen deutschen Beteiligungen im Ausland und darauf, daß Deutschland die wichtige Aufgabe hat, dem Export deutscher Waren Raum zu schaffen, und sagt: „Angesichts der großen Angriffswahrscheinlichkeiten, die der deutsche Export bietet, ist eine Zollsenkung auf einem so allgemein und öffentlich beachteten Gebiet wie der Automobilwirtschaft sehr bedenklich. Einerseits ist die Wettbewerbsfähigkeit der Anwendung von Repressalien durchaus gegeben, andererseits zeigt der Gedanke der Kontingentierung einen Weg zur Durchsicherung der Handelsverträge, der nur allzu leicht von anderen Ländern zum Schaden Deutschlands betreten werden kann.“

Wenn die deutsche Automobilindustrie neu geregelt werden soll, müssen die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Änderung genau untersucht werden. Einerseits sind die allgemeinen Bedürfnisse der Automobilwirtschaft zu berücksichtigen, andererseits die Erhaltung der Automobilindustrie soweit sie wertvoll ist.

Der Automobilbetrieb mit allen seinen Nebenberufen wie Wagen, Reparaturwerkstätten,

Tankstellen, Omnibusgesellschaften, Drochkenunternehmungen, Automobilversicherungen, dem Chauffeurstand usw., hat eine außerordentlich große Bedeutung. Statistiken über seinen Umfang liegen in Deutschland nicht vor. In den Vereinigten Staaten sind in der Automobilverkehrswirtschaft nicht weniger als 4 341 138 Personen beschäftigt. Da sind zehnmal so viele, wie in der amerikanischen Automobilindustrie, die 402 000 Arbeiter und Angestellte hat. Wenn man die gleiche Rechnung für Deutschland aufmacht und die 70 000 Arbeiter der Automobilindustrie zugrunde legt, ergeben sich für die deutsche Automobilverkehrswirtschaft 700 000 Beschäftigte. Wahrscheinlich ist deren Anzahl jedoch noch erheblich größer. Daraus geht hervor, wie wichtig eine blühende Automobilverkehrswirtschaft für Deutschland ist. Für Blüte und Aufstieg dieses Wirtschaftszweiges ist aber die leichte Beschaffung des Kraftwagens, d. h. das billige Automobil, die erste Voraussetzung.

Zum Schluß kommt die Denkschrift zu folgendem Ergebnis: „Den krautigen Zwang, 50 Prozent der deutschen Automobilindustrie abzuschneiden, kann kein Zoll bewirken, und sei er noch so hoch. Und kein Zoll kann dem deutschen Kontinenten ein richtiges Auto so billig verschaffen, wie er es braucht. Der deutsche Automobilzoll ist nicht anherberulisch niedrig, er hat vielmehr einen der höchsten Sätze der Welt. Er entspricht einem Wertzoll von durchschnittlich 40,7 und bei drei Vierteln der Einfuhr von 45,2 Prozent gegen durchschnittlich 35,8 Prozent bei den Wertzoll erhebenden Ländern.“

Die Lage der deutschen Automobilindustrie ist nicht allgemein schlecht. Die bestehenden Schwierigkeiten sind auf die viel zu große Produktionskapazität zurückzuführen. Infolgedessen würde eine Beschränkung der Einfuhr nicht den gewünschten Erfolg haben. Die Behandlung der Einfuhr nach dem Vorschlag des Reichsverbandes der Automobilindustrie würde die Ausnützung der Produktionskapazität bestenfalls von 40 auf 50 Prozent verbessern. Verglichen mit der deutschen Gesamteinfuhr von 13,4 Milliarden erscheint der Umfang des Automobilimports mit 6,1 Milliarden sehr bescheiden. Der Art nach handelt es sich nicht um die Einfuhr überflüssiger Konsumartikel, sondern um die billige Beschaffung hochwertiger Produktionsmittel. Der Anteil der amerikanischen Wagen am Gesamtumfang ist überdies sinkend, und die Montagewerte bringen Deutschland manderlei Vorteile.

Die weitere Erleichterung der Automobilenfuhr würde Zehntausenden von Deutschen schweren wirtschaftlichen Schaden zufügen und außerdem die Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft ungünstig beeinflussen. Die Beschränkung der Einfuhr würde schutzlossten Bestrebungen in aller Welt Vorschub leisten, Argumente gegen die deutsche Exportpropaganda liefern und einen gefährlichen Weg zur Durchsicherung des Reißbegünstigungsprinzips legen.“

Besonders möchten wir noch auf die eigenartige Preisgestaltung in der Automobilherzeugung verweisen. Nach der Denkschrift der General Motors G. m. b. H. beträgt der Gesamtpreis für ein „Chevrolet“ 4395 M. Davon entfallen auf Fracht und Betriebsunkosten einchl. Reklame, Steuern usw. 734 M., gleich 16,7 Proz. Auf Händlerprovisionen entfallen 879 M., gleich 20 Proz. Der Zoll beträgt ungefähr 862 M., gleich 19,6 Proz., und der Fabrikationspreis des Autos endlich beträgt noch nicht annähernd die Hälfte des Verkaufspreises, 1920 M., gleich 43,7 Proz. des Verkaufspreises. Darin sind enthalten alle Fabrikationskosten des Unternehmers einschließlich der Rohstoffe und sonstigen Materialien. Ferner sind darin enthalten die großen Abschreibungen für den ununterbrochenen Ausbau der Betriebe und schließlich die enormen Unternehmerprofite, die die amerikanische Automobilindustrie einheimst hat.

Endlich ist darin auch enthalten der Arbeitslohn, der den an der Herstellung der Automobile tätigen Arbeitern und Angestellten ausgezahlt wurde. Wie oft wird bei Lohnverhandlungen gegenüber unleren Funktionären der Vorwurf erhoben, daß sie kein Verständnis für die Lage der Industrie hätten, die insolge zu stark angelegener Forderungen nicht mehr konkurrenzfähig sei. Es müßte besonders für unsere Betriebsräte von größtem Interesse sein, einmal einwandfrei festzustellen, wie groß der Erzeugeranteil der Arbeiterchaft am Fertigfabrikat ist. Selbst im allgünstigsten Fall wird der gezahlte Arbeitslohn für das fertige Automobil nicht annähernd an den Prozentfuß herankommen, den der Agent für den Vertrieb des Automobils bekommt.

Sucht man in jenen Gedanken ein umfassendes Bild von der Gesamtheit der Erzeugnisse der Buchdruckerkunst zu erhalten, so scheint uns dieses Gesamtbild wie ein ungeheures, auf dem ganzen Weltall ruhendes Gebäude, in dem die Menschheit ununterbrochen arbeitet, und dessen ungeheurer Kopf sich in den tieferen Reiben der Zukunft verliert.

Victor Hugo.

### Statt Kurzarbeit — Arbeiterentlassung.

Das vom Arbeiterrat Groß-Hamburg herausgegebene Jahrbuch 1929 befaßt sich u. a. mit den Auswirkungen der Rationalisierung im vergangenen Jahr. In dreifacher Weise hat sich die Rationalisierung geltend gemacht: In der Intensivierung der Maschinenarbeit, in der ergakten Organisation des Arbeitsganges und in der Zunahme der Serienfabrikation. Alle drei Rationalisierungsprozesse stimmen aber darin überein, daß je menschliche Arbeitskräfte freilegen. Das hat auf die Unternehmungen in verschiedener Hinsicht Einfluß: die Verringerung des Lohnanteils in der Selbstkostenrechnung bedeutet die Möglichkeit ergakter Kalkulation, da die menschliche Arbeitsleistung niemals genau der ergakten Berechnung erfahbar ist, während die Materialkosten unmittelbar gegeben sind. Vor allem aber bewirkt das ständig wachsende Heer der freigelegten Arbeiter, das zu jeder Zeit genügend viele Arbeitskräfte zur Verfügung stellen kann, daß sich in den Unternehmungen mehr und mehr die Gewohnheit herantreibt, bei nachlassender Beschäftigung sofort die nicht mehr benötigten Arbeitskräfte zu entlassen, während man früher beobachten konnte, daß die einzelnen Unternehmungen durch Streckung der Arbeiten zunächst verhielten, den aller Stamm der Arbeitskräfte möglichst bis zur neuen Konjunktur herüberzureiten. Bei steigendem Abfluß werden aus der Reservearmee die benötigten Arbeitskräfte in den Betrieb genommen, um gleich wieder zur Reservearmee zu werden, wenn der Abfluß stockt. Das geht aus den Statistiken der Arbeitslosenversicherung im letzten Jahr bereits deutlich hervor, indem die Kurzarbeit wie die Ueberstundenarbeit gegenüber früheren Jahren durchgängig zurückging.

### Was nützt uns die Diskontsenkung?

Die Senkung des Reichsbankdiskonts auf 5 1/2 Proz. ist für die Belebung der Wirtschaft eine zweifellos sehr erfreuliche Tatsache. Sie war die Folge der Verbilligung der Geldmärkte im Inland und im Ausland. Eine Verbilligung auf dem Geldmarkt hatte die Diskontsenkung nicht zur Folge, da die Sätze dort den neuen Diskontsatz bereits häufig unterschritten haben. Die Bankkredite der Wirtschaft wurden entsprechend billiger, da die Kunderkredite der Banken sich gemohnheitsgemäß nach den Sätzen des Reichsbankdiskonts richten. Somit bedeutet die dreimalige Diskontsenkung von 7 auf 5 1/2 Proz. eine entsprechende Verbilligung der Betriebskredite. Inwieweit es der deutschen Wirtschaft an Anlagekapital. Deshalb erhebt sich die Frage, ob die Verbilligung der kurzfristigen Darlehen auch die Belebung der langfristigen Anlagen zur Folge haben wird? An sich wäre es zu erwarten, daß die niedrige Verzinsung der kurzfristigen Kapitalien die Kapitalbesitzer zur langfristigen Hergabe ihrer Kapitalien, die erheblich höhere Zinsen bringt, bewegen wird. Trotzdem steht die Verbilligung mit langfristigen Kapitalien auf große Schwierigkeiten. Der Aktienmarkt, diese wichtigste Stütze für langfristige Anlagen, wird vermindert. Die Mißbräuche im Aktienwesen haben die Kapitalbesitzer zur Flucht aus der Aktie veranlaßt. Auch die Verhältnisse auf dem Renten- und Pfandbriefmarkt sind nicht danach, um die Anlagefähigkeit anzuregen. Die langfristige Kapitalienfuhr begegnet noch Hindernissen, die zum Teil in den Zuständen auf dem amerikanischen und französischen Kapitalmarkt, zum Teil aber in den inländischen Verhältnissen begründet sind. Das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft wurde künstlich erschüttert einmal durch die erfolgreiche Propaganda der Unternehmer in Steuer- und Finanzfragen, zum andern dank der Wählerarbeit politischer Abenteurer, die die Gefahr einer Inflation aus propagandistischen Gründen an die Wand malten. Umfangreiche deutsche Kapitalien verließen das Land und auch diese Kapitalflucht hat die Verbilligung der Wirtschaft mit langfristigen Kapital stark beeinträchtigt. Was noch an Bereitschaft für Hergabe von Auslandsanleihen übrig blieb, wird von der verhängnisvollen Tätigkeit der Beratungsstelle, die die Anleihen der öffentlichen Hand verhindert, künstlich ferngehalten. Unter solchen Umständen ist für die Kapitalverbilligung der deutschen Wirtschaft die Diskontsenkung der Reichsbank, so erwünscht diese auch war, weniger bedeutungsvoll als der Abschied eines Reichsbankpräsidenten, dem die Erleichterung der Kapitalverbilligung Deutschlands in nicht geringem Maße zu verdanken ist. Wird sein Nachfolger sich von jenen einflussreichen Kreisen, die vom Reichsbankpräsidenten Schacht unterflügt wurden, ebenfalls einspannen lassen und die gefährliche Kapitalpolitik von Schacht fortführen? Das Schicksal von Millionen Arbeitlosen hängt zum guten Teil davon ab, daß dieser eine solche Politik nicht verfolge und, wenn er die Neigung hätte, in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten, mit allen Kräften daran gehindert werde.

# Unsere Lohnbewegungen.

### Ergebnislose Verhandlungen im Offenbacher Bezirk.

Am 13. und 14. März fanden in der Handeltammer zu Offenbach die Verhandlungen zur Erneuerung des Manteltarifes statt. Bekanntlich haben die Unternehmer gekündigt und eine ganze Reihe Forderungen eingereicht, die Einschränkungen der bisherigen Bestimmungen darstellen. Zur Vorbereitung unserer Forderungen fand am 12. März eine Konferenz unserer Kollegen statt, an welcher auch Vertreter der gekündigten Bezirke Stuttgart, Nürnberg, sowie der Zentrale teilnahmen.

Die Verhandlungen selbst führten zu keinem Er-

gebnis. Die Unternehmer hielten ihre Forderungen völlig aufrecht, was auch bei uns der Fall war. Nach zweitägiger Verhandlung einigte man sich schließlich, in kurzer Zeit weiter zu verhandeln. Ob in einer kleinen Kommission oder gleich vor dem Tarifamt, soll erst entschieden werden. Nach den Bestimmungen des Tarifpertrages kann, wenn eine Einigung der Parteien nicht zustande kommt, das Tarifamt angerufen werden, welches einen Schiedspruch fällen kann. Ueber die Verhandlungen selbst wird ein näherer Bericht erfolgen.

## Wie verteilen sich die wichtigsten gewerblichen Berufsgruppen in Offenbach a. M.

Das Offenbacher Abendblatt bringt nachstehende Zusammenfassung der Berufstätigen, ohne die Selbständigen, nach der letzten Volks- und Berufszählung. Innerhalb des Offenbacher Gebietes war das Sattler- und Portefeullergewerbe am stärksten vertreten. Von den wichtigsten Berufen wurden gezählt: 137 Gärtner, 402 Monteure, 310 Mechaniker und Klempner, 1887 Schlosser, 159 Schmiede, 3186 Sattler und Portefeuller, 610 Tischler, 72 Zimmerleute, 221 Bäcker, 171 Schlachter, 473 Schneiderinnen, 165 Maurer, 369 Schuhmacher, 324 Maler, 453 Kraftfahrer und Kutscher, 56 Kellner, 42 Köche, 89 Barbierer. Diese Zählungsergebnisse haben sich bis heute seit der letzten Zählung kaum verschoben, so daß sich hier also ein wirkliches Berufsgruppenbild ergibt.

## Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Februar 1930.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat die Zahl der Zugänge von Arbeitslosen bis zum 1. März 1930 die Abgänge noch leicht überstiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungspflichtigen Arbeitslosenunterstützung betrug Ende Februar 2 365 000 gegenüber 2 232 600 Ende Januar dieses Jahres. Die finanziellen Schwierigkeiten, unter denen besonders die öffentlichen Verbände zu leiden haben, beeinflussen die Erteilung von Aufträgen sehr ungünstig. Auch der Stand der Arbeitslosigkeit in unserem Verband hat bis Ende Februar eine weitere Verschärfung erfahren. Dagegen ist die Zahl der Kurzarbeiter um ein Geringes zurückgegangen.

Die Zahl der männlichen Arbeitslosen betrug 7584 gleich 33,2 Proz. gegen 32,8 Proz. Ende Januar. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen betrug Ende Februar 1257 gleich 21,5 Proz. gegen 21,6 Proz. Ende Januar.

Rechnen wir Vollarbeitslose und Kurzarbeiter zusammen um in Vollarbeitslose, so waren insgesamt arbeitslos: Ende 1929 33,2 Proz., Ende Januar 1930 33,8 Proz. und Ende Februar 33,7 Proz.

Auf die einzelnen Gauen verteilen sich Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wie folgt:

Gau	Arbeitslos	Dieselben hatten Mitglieder		Daran waren arbeitslos		Prozent	Mittlerer Gehalt	Nicht be- rücht. haben
		m.	w.	m.	w.			
Ostgau . .	40	6398	1055	2095	208	2303	30,9	501
Nordgau . .	22	2574	436	869	100	969	32,2	491
Mittel- deutsch. Freiland	32	1783	530	546	99	645	27,9	192
Sachsen	17	2935	741	1120	101	1221	33,2	321
Sachsen	10	1453	662	579	110	759	35,9	222
Süd-Weiß-	21	5318	1924	1797	498	2295	31,7	397
Rheinland- Westfalen	23	2236	503	528	71	599	21,9	148
Gesamtwert	165	22697	5843	7534	1257	8791	30,8	2272

Berührt arbeiteten 4010 männliche und 1317 weibliche, zusammen 5327 Verbandsmitglieder gleich 18,7 Proz. gegenüber 19,4 Proz. Ende Januar dieses Jahres.

	Männl.	Weibl.	Zul.	Prozent Ende:		
				1929	Jan.	Febr.
1 bis 8 Std.	1213	380	1593	2,7	4,1	5,6
9 bis 16 Std.	1134	335	1469	4,7	4,9	5,2
17 bis 24 Std.	1827	564	2391	7,3	9,8	7,3
25 u. mehr Std.	150	38	174	1,8	0,8	0,5
Zusammen	4010	1317	5327	16,5	19,4	18,7

## Rundschau

**Verminderung der Einzahlungsüberschüsse der Sparkassen.** Die Einzahlungsüberschüsse bei den Sparkassen gehen seit 1929 stark zurück. Im ganzen Jahre 1929 betrugen die Einzahlungsüberschüsse rund 1,5 Milliarden Mark gegenüber 2 Milliarden

Mark im Jahre 1928. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres war der Rückgang der Spartätigkeit überwiegend eine Folge erhöhter Ausgaben der Bevölkerung während der Frostperiode; im April und Mai hatte zudem das zeitweise beeinträchtigte Vertrauen in die Stabilität der Mark zu einer Zurückhaltung der Sparer geführt. Dieser Rückgang wurde in der zweiten Hälfte des Jahres nicht ausgeglichen; er hat sich sogar verstärkt. Die Einzahlungsüberschüsse waren im ersten Halbjahr 1929 um etwa 20 Proz., im zweiten Halbjahr um rund 35 Proz. geringer als in der entsprechenden Vorjahreszeit.

## Berichte aus den Verwaltungsstellen

Wir ersuchen alle Schriftführer, das Papier bei Berammlungsberichten nur einseitig zu beschreiben und außerdem auf der rechten Seite einen breiten Streifen zur etwaigen Anbringung von sich nötig machenden Korrekturen zu lassen. Die Redaktion

**Kostof i. M.** Generalversammlung. Kollege Anders gab einen Bericht über die Arbeiten des verfloffenen Jahres. Den Kassenbericht erstattete Kollege Sid. Zum Weihnachtsfest wurde an alle arbeitslosen Kollegen eine Sonderunterstützung gezahlt. Der alte Vorstand wurde bis auf den zweiten Vorsitzenden wiedergewählt und setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Artur Anders, 2. Vorsitzender Hans Weimar, Kassierer Willi Sid, Schriftführer Bruno Erdmann. Dann stand noch ein ziemlich kritischer Punkt auf der Tagesordnung: Das Ortsverwaltungsamt in den hiesigen Klinikenbauten. Die Ortsverwaltung hatte sich bei Vergabung der Arbeit dafür eingesetzt, die Arbeit nach Kostof zu bekommen, um endlich einmal wieder einigen Kostof arbeitslosen Kollegen Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Trotzdem die Unternehmer durch unsere Mitarbeit den Auftrag erhalten hatten, wollten sie von einer Einstellung von Kostof arbeitslosen Kollegen nichts wissen und zogen es vor, von Hamburg Speziallisten heranzuziehen. Leider konnten wir trotz eifriger Bemühungen nicht feststellen, ob dieselben organisiert waren. Nun sah sich die Ortsverwaltung veranlaßt, Maßnahmen gegen diesen Zustand zu unternehmen. Es wurde eine Kommission gewählt, die den Unternehmern die Stellung der Gehilfen unterbreitete, mit dem Erfolge, daß sich dieselben verpflichteten, sofort mehrere Kostof Kollegen einzustellen. Nach Erledigung dieses Punktes berichtete Kollege Hans Bruhn über die Tätigkeit des Gehilfenausschusses. Der Ausschuss hat bei der Innungsverammlung unter anderem den Antrag gestellt, die künftigen Prüflinge sollen ihr Gehilfenstudium in einem besonders dazu bestimmten Raum anfertigen. Der Antrag wurde angenommen. Künftig soll eine alljährliche Prüfung der Lehrlinge stattfinden. Es wurde eine Kommission bestimmt, die mit der Vertretung der Meister ausarbeiten soll, welche Arbeiten in den verschiedenen Lehrjahren zu leisten sind. Dann wurden noch verschiedene Jugendfragen behandelt. Bruno Erdmann.

## Sprachkurse.

Anfang April beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung und Sprachlehre; „mir oder mich“, Anfertigung von Aufsätzen.

Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert.

Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

## Bücherschau

A. Abramowitsch: „Die politischen Beziehungen in der Sowjet-Union.“ Ein ausführlicher Bericht über die „Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Beziehungen“ Senator Louis de Brande, Brüssel und Arthur Crispin, A. d. M., Berlin, Verlag J. D. W. Heyne, Berlin 1929, 32 S., Preis 0,90 Mf.

Die im Auftrage der Sozialistischen Arbeiter-Internationale verfaßte Broschüre ist eine Festschrift gegen das System des Zerfalls, das in Sowjet-Rußland zu einer föhrenden Entwicklung geworden ist. „Die Internationale“ — wie es im Vorwort von de Brande und Crispin heißt — „die Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten in allen Ländern der Welt immer verteidigt und auch jetzt lo euerlich wie nur je gegen die Reaktion und gegen den Kapitalismus verteidigt, ist sie dem Beruf, auch gegenüber Sowjet-Rußland die für jeden zivilisierten Staat unerlässlichen Freiheiten zu fordern und zu verteidigen; die dort mit Füssen getreten werden, und zwar von einer Regierung, die sich als Beförderung der sozialistischen Prinzipien betradet und deren Führer sich lo gerne als zurechtfertigende und getreue Richter über alle anderen proletarischen Parteien ausprechen.“ Der Verfasser der Broschüre, A. Abramowitsch, Mitglied der Exekutive der S.A., hat wir der größten Sorgfalt das Material zusammengetragen, das der zivilisierten Welt zufließen gelassen hat über das System der Unterdrückung und der Zerfalls, das in Sowjet-Rußland gegen alle Widerstände, auch gegen Mitglieder der kommunistischen Partei ankommt wird. Rubig und sachlich werden die schärfsten auf offizielle Berichte und dokumentarische Belege, die unerböhrten Verhörungen der Besonnenen und Verbarmten wie lo ionigen Verfolgungen und Unterdrückungen politisch Andersdenkender in Sowjet-Rußland geschildert. Doch durch die unüberne Aufzählung der Taten und die leidenschaftliche Anklage gegen ein System hindurch, das die planmäßige Unterdrückung aller Andersdenkenden, soweit sie es wagen, ihre Meinung offen zu vertreten, sich zur Aufgabe gestellt hat. Wer das Wesen der bolschewistischen Diktatur in Rußland verstehen will, wird in dieser Broschüre wertvolles Aufklärungsmaterial finden.

## Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 17. März bis 23. März ist der 12. Wochenbeitrag fällig.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnte zurückblicken:

Hagen i. W.: Bernhard Kreimer, Tapezierer.

## Verammlungsstamder

**Gera.** Am 29. März findet ein Abendausflug nach Thieschitz, Scheffels Gasthof, statt. Langen frei. Treffpunkt in Reuß: Stadttheater. Abmarsch 19<sup>15</sup> Uhr. Gäste willkommen.

Die Ortsverwaltung.

**Hagen i. W.** Unsere nächste Verammlung findet nicht am 21., sondern am Samstag, dem 22. März, statt. Nach Schluß der Verammlung Erbrung unseres Jubilars Bernhard Kreimer. Hierauf gefelliges Beisammensein mit Lang. Die Kollegen werden gebeten, mit ihren Angehörigen zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

**Köln a. Rh.** Dienstag, den 25. März, abends 7<sup>15</sup> Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Verammlung für alle Branden.

**Krefeld.** Zur Pflege der Gefelligkeit veranstalten wir am Sonnabend, dem 29. März, abends 7 Uhr, im oberen Saal „en net Bröste“, Marktstraße, beim Wirt Schiffer, einen heiteren Abend mit Lang.

Alle Mitglieder sind mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen. Arbeitslose Verbandsstollegen haben bei Vorzeigung der Arbeitslosenkarte freien Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

**Pöhned i. Th.** Am 25. März findet gleich nach Arbeitschluß unsere Generalversammlung statt. Beginn 5 Uhr abends. Die Kollegen werden aufgefordert, die in den letzten Verammlungen gezeigte Trägheit abzuschütteln und reiflos zu der Verammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung, J. A. Kahler.

**Jugendgruppe Steffin.** Jeden Montag von 8 bis 10 Uhr abends haben wir im Städtischen Jugendheim, Einlingstr. 57, 3 Tr., im kleinen Zimmer, unseren Heimbabend. Am nächsten Montag muß jeder Jungkollege erscheinen.

Der Gruppenleiter.

## Sterbetafel

**Berlin.** Am 8. März starb unser Mitglied, der Kollege Karfzig, Portefeuller, im Alter von 68 Jahren.

**Breslau.** Am 8. März verschied plötzlich aus unseren Reihen unser langjähriges Mitglied, der Sattler Hermann Baronski, im Alter von 57 Jahren.

**Hamburg.** Am 6. März starb unser Verbandsmitglied, der Kollege August Stamer, Portefeuller, im Alter von 65 Jahren. Ehre ihrem Andenken!